

Landratsamt
Ebersberg

Beteiligungsbericht zum doppischen Haushalt für das Haushaltsjahr 2013



Kreis- und Strategiausschuss 12.11.2012
Kreistag 17.12.2012

Der Stabsstelle Finanzen und Controlling wurde mit interner Verfügung vom 11.10.2005 die Verwaltung der Beteiligungen übertragen. Die wirtschaftlichen Beteiligungen des Landkreises werden nun zentral erfasst und im Rahmen einer „Beteiligungsverwaltung“ überwacht. Dazu gehört insbesondere, dass die jeweiligen Beteiligungen ihrer Mitteilungspflicht nachkommen und auch der Landkreis seiner Aufsichts- und Überwachungspflicht sowie Mitteilungspflicht an den Kreistag.

Nach wie vor sind nicht alle zur Beteiligung gehörigen Unterlagen zentral erfasst. Eine systematische Beteiligungsverwaltung ist nur in dem Umfang möglich, in dem Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. So fehlen insbesondere die Bereitstellung von Protokollen der Beteiligungen für Zwecke der Beteiligungsverwaltung. Der Aufbau eines Beteiligungscontrollings ist so erst gar nicht möglich. Der Kreis- und Strategieausschuss hat sich zwar in seiner Sitzung am 11.10.2010 mit dem Thema befasst. In der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates der Kreisklinik Ebersberg gGmbH, die in der Sitzung am 31.01.2002 beschlossen wurde, wurde in § 3 Abs. 3 folgende Regelung getroffen: „Der Aufsichtsrat und der Aufsichtsratsvorsitzende können leitende Beschäftigte der Klinik und Sachkundige zur Beratung hinzuziehen.“ Dies sei bisher auch bereits gängige Praxis; Frau Brigitte Keller wurde auch in der Vergangenheit als Leiterin der Stabsstelle Finanzen und Controlling zu einzelnen Tagesordnungspunkten hinzugezogen. Trotz dieser Regelung fehlen der Beteiligungsverwaltung nach wie vor die erforderlichen Unterlagen, um ihre Aufgaben ordnungsgemäß wahrnehmen zu können. Der Aufsichtsrat selbst entscheidet darüber, zu welchen Themen die Beteiligungsverwaltung hinzugezogen wird, eine Aufsichts- und Überwachungspflicht ist der Beteiligungsverwaltung deshalb auch nicht möglich.

Art. 82 Abs. 3 LKrO bestimmt, dass der Landkreis jährlich einen **Bericht** über seine Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen hat. Die Höhe der jeweiligen Beteiligungen sind als Anlagevermögen nach § 98 Nr. 4 in Verbindung mit § 85 Abs. 2 Nr. 1 KommHV-Doppik auszuweisen.

Der Beteiligungsbericht soll dafür sorgen, dass die Erfüllung kommunaler Aufgaben trotz Ausgliederung in Gesellschaften des Privatrechts für die Kommune und den Bürger transparent bleibt.

Berichtspflichtig sind nur Beteiligungen von mindestens 5 %, weshalb die Beteiligung des Landkreises an dem Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV) mit 3,57 % nicht weiter aufgeführt wird. Nicht als Beteiligungen zählen auch die Mitgliedschaften in Zweckverbänden. Zur Berichterstattung darüber dient der eigene Bericht über die „Mitgliedschaften und freiwilligen Vereinbarungen“, der ebenfalls jährlich erstellt und veröffentlicht wird.

Der Beteiligungsbericht ist vom Kreistag in öffentlicher Sitzung zu beraten. Die Verwaltung hat die Landkreisbürger über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten, dies geschieht über die Veröffentlichung im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen.

Die **Gesellschafterversammlung** ist mindestens einmal jährlich als ordentliche Gesellschafterversammlung einzuberufen. Außerdem ist eine Gesellschafterversammlung einzuberufen, wenn die Geschäftsführung, der Gesellschafter oder der Aufsichtsrat unter Angabe der Tagesordnungspunkte dies verlangen. **Die Stimmabgabe des Landrates in der Gesellschafterversammlung setzt einen Beschluss des Kreistages voraus**, da die dortigen Entscheidungen keine laufenden Angelegenheiten im Sinne des Art. 34 LKrO sind.

Nach § 44 Abs. 7 der GeschOKT informiert der Landrat den Kreis- und Strategieausschuss mindestens zweimal jährlich über den Geschäftsverlauf der Kreisklinik. Dies erfolgt seit 2011 unmittelbar gegenüber dem Kreistag, der abwechselnd einmal in nichtöffentlicher und einmal in öffentlicher Sitzung über die Angelegenheiten der Kreisklinik informiert wird.

Verpflichtung aus Überlassungsvertrag:

In Nr. 6 des Überlassungsvertrages vom 5.11.2001 ist zur Liquiditätssicherung der gGmbH durch den Landkreis eine Bürgschaftsverpflichtung über 4 Mio. Euro enthalten.

Bürgschaft vom 07.01.2002, zuletzt verlängert am 12.01.2009: 4.000.000 €

Haftungsrechtliche Verhältnisse:

Die gGmbH haftet nur mit dem Gesellschaftsvermögen. Die Haftung des Landkreises ist dadurch auf die Einlage begrenzt. Der Landkreis hat jedoch für Kredite der gGmbH Bürgschaften übernommen, um der gGmbH günstige Kommunaldarlehenszinsen zu ermöglichen und eine Fördermittelrückzahlung an den Freistaat Bayern zu vermeiden.

Folgende Bürgschaftsverpflichtungen wurden abgegeben:

Aus 11/2001 über 83.000.000,00 DM =	42.437.226,14 €
Aus 05/2005 Aufstockung (Baufortschritt)	9.000.000,00 €
Aus 02/2009	10.000.000,00 €
Aus 04/2010	11.824.000,00 €
Summe	73.261.226,14 €

Reduzierungen erfolgen aufgrund der Abschreibung, Fördermittel erhöhen die Bürgschaft. Neuerliche Aufstockungen werden nötig, wenn die Fördermittel höher als der Bürgschaftsbetrag sind. Dies wird 2013 wieder der Fall sein. Mittelfristig ist zu erwarten, dass die Bürgschaftsverpflichtungen eine Höhe von über 80 Mio € erreichen werden.

Erfordernis eines öffentlichen Auftrages (sog. Betrauungsakt):

Krankenhäuser fallen grundsätzlich in den Anwendungsbereich des EU-Beihilferechts. Demzufolge ist auch die Entscheidung der Kommission vom

28.11.2005 über die Anwendung von Art. 86 Abs. 2 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen, die bestimmten mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betrauten Unternehmen als Ausgleich gewährt werden (2005/842/EG, Abl. EU Nr. L 312/67 vom 29.11.2005) – Freistellungsentscheidung – anwendbar (Art. 2 Abs. 1 Buchst. B der Freistellungsentscheidung).

Mit dem Wirtschaftsplan 2010 gibt es einen grundlegenden Wandel im Bereich der Wirtschaftsplanung im Hinblick auf die Berücksichtigung von europäischem Beihilferecht. Der bisherige Begriff „korrespondierende Posten“ wurde nun ersetzt durch den Begriff „Ausgleichszahlungen und andere Begünstigungen des Landkreises für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ (DAWI).

Um eine Notifizierung der Zuwendungen an die Kreisklinik gGmbH bei der EU-Kommission zu vermeiden, muss der Landkreis die Kreisklinik Ebersberg gGmbH im Rahmen eines sog. Betrauungsaktes öffentlich betrauen. Dies deshalb, weil die Zuschüsse an die Kreisklinik in der Regel die Grenzen, die durch die DE-Minimis-Verordnung vorgegeben sind, übersteigen. Voraussetzung für die Bezuschussung der Kreisklinik gGmbH ist deshalb ein Betrauungsakt im Rahmen der Freistellungsentscheidung.

Der Kreistag hat mit Beschluss vom 21.12.2009, TOP 5, diesen Betrauungsakt vollzogen.

Seither sind die DAWI als Anlage dem Haushaltsplan beigefügt.

Geschäftsführer und Bezüge des Geschäftsführers:

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Stefan Huber (seit 01.02.2009).

Zwischen der gGmbH und dem bestellten Geschäftsführer ist ein Geschäftsführervertrag geschlossen worden, in dem u.a. die Dauer des Vertrages, die Vertretungsbefugnis, die Bezüge, sowie die Arbeitszeit geregelt sind. Zur Höhe der Bezüge werden gemäß Art. 82 Abs. 3 Satz 3 LKrO i.V.m. §§ 285 Nr. 9a und 286 Abs. 4 HGB keine Angaben gemacht.

Ertragslage zum Abschlussstichtag:

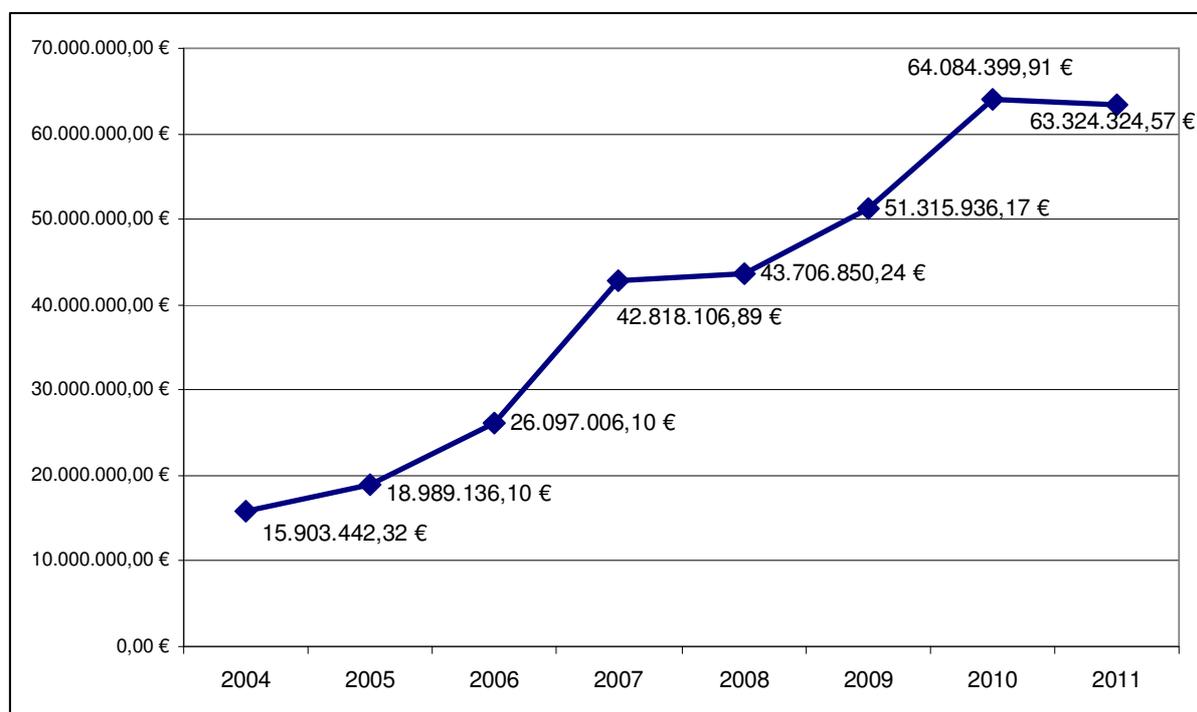
Jahr	Bilanzsumme	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
31.12.2004	26.128.980,66 €	+ 1.589.519,49 €
31.12.2005	32.003.485,84 €	+ 1.479.701,00 €
31.12.2006	36.880.902,66 €	+ 1.170.039,80 €
31.12.2007	72.193.372,24 €	- 647.511,47 €
31.12.2008	71.026.937,67 €	- 75.640,60 €
31.12.2009	65.267.897,86 €	+ 1.328.108,90 €
31.12.2010	79.672.137,01 €	+ 3.755.790,98 €
31.12.2011	77.301.088,21 €	+ 768.475,03 €

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:

31.12.2004	553.899,57 €
31.12.2005	532.595,75 €
31.12.2006	511.291,93 €
31.12.2007	489.988,11 €
31.12.2008	468.684,29 €
31.12.2009	447.380,47 €
31.12.2010	426.076,65 €
31.12.2011	404.772,83 €

Anlagevermögen:

Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung des Anlagevermögens:



Durch die laufenden Baumaßnahmen erhöht sich das Anlagevermögen der gGmbH stetig. Bis Bauabschnitt 3 b wurde das Anlagevermögen ausschließlich im Sondervermögen Kreisklinik abgebildet, ab Bauabschnitt 4 wird das Anlagevermögen unmittelbar in der gGmbH ausgewiesen.

Jahresabschlussprüfung:

Bis 2007 war die Wirtschaftsprüferin Renate Haertle mit der Jahresabschlussprüfung beauftragt.

Seit 2008 ist die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatergesellschaft Rödl & Partner GmbH, Nürnberg (Wirtschaftsprüfer Vogel und Kießling) beauftragt.

Feststellung der Wirtschaftsprüfer am 29.05.2012 für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis 31.12.2011:

„...Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage .“

CliniService Ebersberg GmbH (CSE)

Die CliniService Ebersberg GmbH ist eine 100%ige Tochter der Kreisklinik gemeinnützige GmbH und wurde zum 1.6.2004 gegründet. Die CliniService Ebersberg GmbH erbringt Dienstleistungen im Gesundheits- und Sozialbereich, insb. im Zusammenhang mit dem Betrieb der Kreisklinik Ebersberg gGmbH.

Das zur Gründung erforderliche Gesellschaftskapital in Höhe von 25.000 Euro wurde als Schenkung vom Landkreis zur Verfügung gestellt und findet sich daher nicht in der Bilanz des Landkreises.

Organe und deren Zusammensetzung:

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die Gesellschafterversammlung besteht aus folgenden Mitgliedern:

Mitglied	Funktion
Stefan Huber	Geschäftsführer
Eduard Malczan	Prokurist der gGmbH
Nicht namentlich benannt	SchriftführerIn

In der Gesellschafterversammlung ist lediglich Herr Stefan Huber als Vertreter der Muttergesellschaft stimmberechtigt. Es wurde in der Satzung geregelt, dass alle Geschäfte, die in die Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung fallen, erst nach Erteilung der Zustimmung durch den Aufsichtsrat der Muttergesellschaft (Kreisklinik Ebersberg gemeinnützige GmbH) durchgeführt werden dürfen (§ 7 Abs. 4 der Satzung der CSE).

Geschäftsführer und Bezüge des Geschäftsführers:

Geschäftsführer ist Herr Stefan Huber, der auch die Geschäftsführung der Kreisklinik Ebersberg gGmbH wahrnimmt.

Ein (weiteres) Entgelt für die Geschäftsführertätigkeit bei der CliniService Ebersberg GmbH wird nicht gezahlt.

Ertragslage zum Abschlussstichtag:

Jahr	Bilanzsumme	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
31.12.2004	100.259,27 €	- 63.461,13 €
31.12.2005	108.710,02 €	+ 91.198,23 €
31.12.2006	116.543,60 €	+ 26.426,49 €
31.12.2007	137.032,95 €	+ 5.500,64 €
31.12.2008	151.644,46 €	- 4.481,04 €
31.12.2009	177.069,97 €	+ 23.525,76 €
31.12.2010	172.585,36 €	- 16.769,03 €
31.12.2011	244.582,01 €	+ 56.847,41 €

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:

31.12.2004	0,00 €
31.12.2005	0,00 €
31.12.2006	0,00 €
31.12.2007	0,00 €
31.12.2008	0,00 €
31.12.2009	0,00 €
31.12.2010	0,00 €
31.12.2011	0,00 €

Anlagevermögen:

31.12.2004	0,00 €
31.12.2005	0,00 €
31.12.2006	0,00 €
31.12.2007	0,00 €
31.12.2008	0,00 €
31.12.2009	0,00 €
31.12.2010	0,00 €
31.12.2011	0,00 €

Jahresabschlussprüfung:

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft Rödl & Partner GmbH,
Nürnberg (Wirtschaftsprüfer Vogel und Kießling).

Feststellung der Wirtschaftsprüfer am 29.05.2012 für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis 31.12.2011:

„...Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage .“

GBEG Grundstücksbeschaffungs- und Erschließungsgesellschaft Ebersberg Verwaltungs GmbH

Diese Gesellschaft wurde 1991 gegründet. Der Beteiligungsverwaltung liegen keine Informationen vor, was künftig mit der Gesellschaft beabsichtigt ist. Die Stammeinlage des Landkreises beträgt 45.000 DM = 23.008,13 Euro, das entspricht einem Unternehmensanteil von 90 %.

Die Anteile werden vom Landkreis in der Absicht gehalten, eine dauernde Verbindung zu dieser Gesellschaft herzustellen.

Organe und deren Zusammensetzung:

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die **Gesellschafterversammlung** besteht aus folgenden Mitgliedern:

Mitglied	Funktion
Gottlieb Fauth	Landrat des Landkreises Ebersberg
NN	Ein Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Ebersberg
Udo Ockel	Geschäftsführer

Der Gesellschafterversammlung gehört „ die Kreissparkasse“ mit einem (Vorstands-) Mitglied an. Nach dem Wechsel des Vorstandsvorsitzenden im Juni 2008 fand durch die Kreissparkasse keine namentliche Benennung eines Nachfolgers für diese Position(en) statt. Am 1.5.2011 fusionierte die Kreissparkasse Ebersberg zur Kreissparkasse München-Starnberg-Ebersberg. Der Kreistag stimmte dieser Fusion in seiner Sitzung am 21.02.2011 zu.

Geschäftsführer und Bezüge des Geschäftsführers:

Geschäftsführer	Udo Ockel
Bezüge des Geschäftsführers	240,00 € monatlich.

Ertragslage zum Abschlussstichtag:

Jahr	Bilanzsumme	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (+/-)
31.12.2004	58.875,29 €	1.417,96 €
31.12.2005	57.946,23 €	1.453,96 €
31.12.2006	64.051,59 €	3.136,36 €
31.12.2007	62.921,97 €	1.784,67 €
31.12.2008	60.037,71 €	1.805,52 €
31.12.2009	60.733,25 €	1.497,79 €
31.12.2010	63.385,16 €	1.096,42 €
31.12.2011	61.070,88 €	1.693,73 €

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:

31.12.2004:	0,00 €
31.12.2005:	0,00 €
31.12.2006:	0,00 €
31.12.2007:	8.280,87 €
31.12.2008:	0,00 €
31.12.2009:	0,00 €
31.12.2010:	0,00 €
31.12.2011	0,00 €

Anlagevermögen:

31.12.2004:	0,00 €
31.12.2005:	0,00 €
31.12.2006:	0,00 €
31.12.2007:	0,00 €
31.12.2008:	0,00 €
31.12.2009:	0,00 €
31.12.2010:	0,00 €
31.12.2011	0,00 €

Jahresabschlussprüfung:

Der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für 2011 liegt hier noch nicht vor.

GBEG Grundstücksbeschaffungs- und Erschließungsgesellschaft Ebersberg mbH & Co. KG

Der Landkreis ist an dieser seit 1992 bestehenden Gesellschaft als Kommanditist mit einem Kapitalanteil von 45.000 DM = 23.008,12 Euro bzw. 39,82 % beteiligt. Der Beteiligungsverwaltung liegen keine Informationen vor, was künftig mit der Gesellschaft beabsichtigt ist.

Die Anteile werden vom Landkreis in der Absicht gehalten, eine dauernde Verbindung zu dieser Gesellschaft herzustellen.

Wegen bilanzieller Überschuldung wurde die Einlage in Höhe von 23.008,12 Euro auf Vorschlag des Bayer. Kommunalen Prüfungsverbandes in der Eröffnungsbilanz des Landkreises auf 1 Euro herabgesetzt.

Die KG, deren Geschäfte durch die GmbH geführt werden, hat als Geschäftszweck den Erwerb und die Erschließung von Grundstücken. Dabei sollen den betroffenen Gemeinden oder dem Landkreis Grundstücke als Bauland beschafft werden. Gedacht ist dabei insbesondere an Grundstücke für die Bebauung im Rahmen von Einheimischenmodellen sowohl zu Wohn- als auch Gewerbebezwecken. Dieser Unternehmensgegenstand soll zu möglichst günstigen Konditionen und unter größtmöglicher Nähe zu den betroffenen Kommunen erfüllt werden.

Organe und deren Zusammensetzung:

Die GmbH & Co. KG hat neben der GmbH als persönlich haftender Gesellschafterin folgende Kommanditeinlagen:

Landkreis Ebersberg	45.000 DM	Markt Markt Schwaben	9.000 DM
Kreissparkasse Ebersberg	5.000 DM	Gemeinde Moosach	2.000 DM
Gemeinde Anzing	4.000 DM	Gemeinde Pliening	4.000 DM
Gemeinde Baiern	2.000 DM	Gemeinde Poing	9.000 DM
Gemeinde Egming	2.000 DM	Gemeinde Steinhöring	4.000 DM
Gemeinde Forstinning	3.000 DM	Gemeinde Vaterstetten	20.000 DM
Markt Glonn	4.000 DM		

Auf eine Umstellung auf Euro wurde 2002 zulässigerweise verzichtet.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die **Gesellschafterversammlung** besteht aus dem Geschäftsführer sowie den Vertretern der 13 Kommanditisten, wobei jeder Gesellschafter einen Sitz hat. Sie setzt sich in dieser Wahlperiode (2008 – 2014) wie folgt zusammen:

Gottlieb Fauth	Landrat des Landkreises Ebersberg
NN	Ein Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Ebersberg
Franz Finauer	1. Bürgermeister der Gemeinde Anzing
Josef Zistl	1. Bürgermeister der Gemeinde Baiern

Ernst Eberherr	1. Bürgermeister der Gemeinde Egming
Arnold Schmidt	1. Bürgermeister der Gemeinde Forstinning
Martin Esterl	1. Bürgermeister der Gemeinde Glonn
Eugen Gillhuber	1. Bürgermeister der Gemeinde Moosach
Bernhard Winter (bis 1.3.2011)	1. Bürgermeister der Gemeinde Markt Schwaben
Georg Hohmann (ab 29.3.2011)	1. Bürgermeister der Gemeinde Markt Schwaben
Georg Rittler	1. Bürgermeister der Gemeinde Pliening
Alois Hofstetter	1. Bürgermeister der Gemeinde Steinhöring
Robert Niedergesäß	1. Bürgermeister der Gemeinde Vaterstetten
Albert Hingerl	1. Bürgermeister der Gemeinde Poing
Udo Ockel	Geschäftsführer der Komplementärin

Der **Aufsichtsrat** besteht aus insgesamt 18 Mitgliedern. Dabei steht einem Gesellschafter je angefangener 10.000 DM Einlage ein Sitz im Aufsichtsrat zu. Er setzt sich in dieser Wahlperiode (2008 – 2014) wie folgt zusammen (je 1.000 DM Einlage = 1 Stimme):

Mitglied:	Funktion:
Gottlieb Fauth	Landrat des Landkreises Ebersberg
Bernhard Wieser	Kreistagsmitglied
Arnold Schmidt	Kreistagsmitglied
Ralf Kirchner	Kreistagsmitglied
Franz Greithanner	Kreistagsmitglied
NN	Ein Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Ebersberg
Franz Finauer	1. Bürgermeister der Gemeinde Anzing
Josef Zistl	1. Bürgermeister der Gemeinde Baiern
Ernst Eberherr	1. Bürgermeister der Gemeinde Egming
Arnold Schmidt	1. Bürgermeister der Gemeinde Forstinning
Martin Esterl	1. Bürgermeister der Gemeinde Glonn
Eugen Gillhuber	1. Bürgermeister der Gemeinde Moosach
Bernhard Winter (bis 1.3.2011)	1. Bürgermeister der Gemeinde Markt Schwaben
Georg Hohmann (ab 29.3.2011)	1. Bürgermeister der Gemeinde Markt Schwaben
Georg Rittler	1. Bürgermeister der Gemeinde Pliening
Alois Hofstetter	1. Bürgermeister der Gemeinde Steinhöring
Robert Niedergesäß	1. Bürgermeister der Gemeinde Vaterstetten
Martin Wagner	Gemeinderatsmitglied der Gemeinde Vaterstetten
Albert Hingerl	1. Bürgermeister der Gemeinde Poing

Geschäftsführer und Bezüge des Geschäftsführers:

Geschäftsführerin ist die Komplementärin, also die GBEG Verwaltungs-GmbH mit ihrem Geschäftsführer Udo Ockel.

Die Komplementärin erhält für die Geschäftsführung Ersatz der damit zusammenhängenden Aufwendungen sowie eine Haftungs- und Tätigkeitsvergütung.

Jahr	Auszahlung
2004	9.616,76 €
2005	7.722,21 €
2006	8.769,00 €
2007	5.816,76 €
2008	10.190,16 €
2009	9.495,54 €
2010	9.556,78 €
2011	10.102,03 €

Ertragslage zum Abschlussstichtag:

Jahr	Bilanzsumme	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (+/-)
31.12.2004	6.617.376,10 €	- 330.647,09 €
31.12.2005	4.744.488,12 €	+ 651.678,88 €
31.12.2006	4.811.306,26 €	- 199.371,86 €
31.12.2007	5.147.736,89 €	- 324.163,89 €
31.12.2008	5.341.864,04 €	- 252.676,38 €
31.12.2009	6.455.055,92 €	- 276.470,26 €
31.12.2010	4.453.903,60 €	+ 977.514,66 €
31.12.2010	4.322.759,30 €	- 216.737,23 €

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten:

31.12.2004:	6.545.997,06 €
31.12.2005:	4.507.763,13 €
31.12.2006:	4.768.947,50 €
31.12.2007:	5.044.512,74 €
31.12.2008:	5.261.068,80 €
31.12.2009:	6.029.358,48 €
31.12.2010:	4.170.000,00 €

31.12.2011: 4.449.873,48 €

Anlagevermögen:

31.12.2004: 0,00 €

31.12.2005: 0,00 €

31.12.2006: 0,00 €

31.12.2007: 0,00 €

31.12.2008: 0,00 €

31.12.2009: 0,00 €

31.12.2010: 0,00 €

31.12.2011: 0,00 €

Jahresabschlussprüfung:

Der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für 2011 liegt hier noch nicht vor.

Beteiligungsverwaltung

im Oktober 2012

gez.

Brigitte Keller

Leiterin Stabsstelle

Finanzen und Controlling